

Der Klimawandel wird auch im Landkreis immer sichtbarer. Die Grundwasserspiegel und der Wald leiden noch immer unter den Hitzesommern der vergangenen Jahre. Die Hitzewelle, die letztes Wochenende über Europa gezogen ist, lässt vor Ort erahnen, was die beispiellosen Hitzeereignisse letztes Jahr in Sibirien oder in diesem Frühjahr in Indien für Mensch und Natur bedeuten.

Gleichzeitig haben die Folgen des Krieges in der Ukraine breiten Teilen der Politik auf allen Ebenen vor Augen geführt, in welchem Ausmaß die Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen zu wirtschaftlicher, sozialer und politischer Ohnmacht führen können.

Die politischen Rahmenbedingungen könnten in den nächsten Monaten den Ausbau Erneuerbarer Energien vor Ort massiv beschleunigen. Die Regierungsparteien in Berlin haben im Koalitionsvertrag den Willen festgehalten, die Kommunen stärker an den Gewinnen aus der Windenergienutzung und der Freiflächenphotovoltaik zu beteiligen. Selbst die Landesregierung, jahrelanger Bremsklotz beim Ausbau der Windenergie, hat zumindest die Absicht bekundet, den Ausbau im Land wieder anstoßen zu wollen. Der regionale Planungsverband Main-Rhön hat einstimmig die Absicht erklärt, möglichst viel Windkraftnutzung zuzulassen und einen beschleunigten Netz- und Speicherausbau einzufordern.

Diese Entwicklung bietet eine enorme Chance für unsere Region. Die Flächen in unserem ländlichen Raum sind ein sehr wertvoller Rohstoff für das zukünftige Wirtschaften. Wir müssen sehr sorgsam mit ihnen umgehen. Unsere Verantwortung vor Ort ist es daher, die Flächen so effektiv, effizient und nachhaltig wie möglich zu nutzen. Konzepte wie beispielsweise Agrophotovoltaik oder Agroforstwirtschaft zeigen Möglichkeiten auf, die Flächennutzung zu optimieren. Jenseits von Abstandsregeln gibt es viele Möglichkeiten, um Umwelt-, Lärm und Landschaftsschutz bei der Windkraftnutzung zu gestalten. Die politischen Instrumente vor Ort sind die Flächennutzungspläne der Gemeinden und die Vorrang- und Vorbehaltsgebiete im Regionalplan.

Die Bundesregierung allein wird nicht dafür sorgen können, dass ein Maximum an Wertschöpfung, die aus unserem Lebensraum vor Ort generiert wird, auch unserer Region zugutekommt. Kein Regionalplan allein kann alle Fragen zur Raumnutzung beantworten. In den Parteien und Fraktionen vor Ort wird es eine wichtige Aufgabe sein, zwischen den Interessen zu vermitteln und Wege aufzuzeigen und zu schaffen, um die politische und auch wirtschaftliche Beteiligung der Menschen zu garantieren. Dazu gilt es jetzt das Know How in den Verwaltungen und Gremien zu stärken. Allianzen zwischen den Gemeinden können helfen die personellen Ressourcen zu bündeln. Andere Landkreise und einige Gemeinden in unserem Landkreis zeigen schon heute, dass viel möglich ist, wenn die Politik vor Ort aktiv die Nutzung Erneuerbarer Energien vorantreibt und positiv mitgestaltet. Konkret wollen wir:

- alle Gemeinden auffordern, Gebiete für Freiflächenphotovoltaikanlagen auszuweisen und den Planungsspielraum für eine optimale Flächennutzung, Umweltverträglichkeit und Bürgerbeteiligung voll auszunutzen
- alle Gemeinden auffordern, eigene Fachstellen (z.B.: Klimamanagerinnen und Klimamanager) zu schaffen oder sich zusammen mit Nachbargemeinden solche Fachstellen zu teilen
- Die Entwicklung zu den gesetzlichen Rahmenbedingungen aufmerksam zu beobachten, um bei Bedarf schnell den eigenen Handlungsspielraum positiv nutzen zu können
- alle Beteiligten auffordern, Prozesse öffentlich zu gestalten und die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger dabei zu maximieren
- im Landkreis und in den Gemeinden Gespräche mit energieintensiven Betrieben, der Politik und den Energieversorgern einfordern, um Lösungen für die direkte Energieversorgung vor Ort zu suchen

Mit der Studie des Energieexperten Hans-Josef Fell hat der Landkreis Bad Kissingen einen Planungsrahmen, den wir gemeinsam im Kreistag und den Gemeinden diskutieren können. Denn die Forderung der Kreisgrünen aus dem Mai 2021 ist heute aktueller denn je. Wir brauchen vor Ort klar definierte Ausbauziele in allen Bereichen: Energieerzeugungsanlagen, Leitungen und Speicher. Nur so können wir als Gemeinschaft vor Ort einen breiten Konsens schaffen, wie wir unseren Lebensraum nutzen und gestalten und wo die Grenzen der Nutzung liegen sollen. Interessensausgleich kann sich nicht darauf beschränken, das Aufstellen von Plakaten, die den „Wahnsinn“ im geplanten Netzausbau anprangern, zu fördern und gleichzeitig die Beschleunigung dieses Ausbaus einzufordern.